Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.
Für die Nachsendung eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 22,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Meß-Auflage 17,150.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 30 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 45 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter den Redactionsstrich
die 4spaltige Zeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 286. Donnerstag den 13. October 1881. 75. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Nachstehende Bestimmungen bringen wir zur strengsten Nachachtung hierdurch anderweit in Erinnerung.

Leipzig, den 5. October 1881.

Der Rath und das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Dr. Rüder.

Bekanntmachung.

Zu Vermeidung von neuerdings wiederholt vorgekommenen Verkehrsstockungen bei den im Gewandhaus stattfindenden Concerten werden nachstehende Bestimmungen in Erinnerung gebracht.

1) Alle Wagen, welche Besucher der Concerte hierher zuführen, haben nur vom Neumarkt aus in den Hof des Gewandhauses ein- oder vor dem im Kupfergäßchen befindlichen Eingang desselben, gleichfalls nur vom Markt aus, vorzufahren.
2) Die leeren Wagen haben auf der Universitätsstraße ohne allen Aufenthalt abzufahren und darf auf dieser Straße kein Wagen, mag er Concertbesucher zuführen oder abholen, vorfahren und halten.
3) Das Gewandgäßchen darf weder von den Concertbesuchern bringenden oder abholenden Wagen beim An- und Abfahren, noch während dieser Zeit von anderem Fuhrwerk passirt werden.
4) Beim Abholen der Concertbesucher ist es sowohl Equipagen als bestellten Lohngeschirren gestattet, der Reihe nach in den Gewandhaushof, aber gleichfalls nur vom Neumarkt aus, einzufahren und sich selbst, soweit es der Raum erlaubt, hintereinander, niemals mehrere Wagen nebeneinander aufzustellen.

Desgleichen dürfen bestellte Wagen und Equipagen im Kupfergäßchen, wobei die Einfahrt ebenfalls nur vom Neumarkt aus zu erfolgen hat, jedoch wegen der geringen Breite dieses Gäßchens nur vom Hause Nr. 2 desselben an auffahren.

5) Die nicht bestellten Lohnfuhrwerke haben sich zum Abholen von Fahrgästen auf der rechten Seite des Neumarktes, von der Grimmaischen Straße aus gesehen, aufzustellen und nicht eher, als bis sie verlangt werden, in den Gewandhaushof einzufahren.

Zuwiderhandlungen werden mit Geld oder Haftstrafe geahndet werden.

Leipzig, am 16. März 1868.

Der Rath und das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Dr. Koch. Dr. Rüder.

Der Inhaber des abhanden gekommenen Sparcassen-Quittungsbuches Serie I Nr. 88,809 wird hierdurch aufgefordert, sich damit binnen drei Monaten und längstens am 15. Januar 1882 zur Nachweisung seines Rechtes, bez. zum Zweck der Rückgabe gegen Belohnung, bei unterzeichneter Anstalt zu melden, widrigenfalls der Sparcassen-Ordnung gemäß dem angemeldeten Verlustträger nach erfolgter Beeidigung seiner Anzeige der Inhalt dieses Buches ausgezahlt werden wird.

Leipzig, den 11. October 1881.

Die Verwaltung des Leihhauses und der Sparcasse.

Bekanntmachung.

Der Preis der in hiesiger Gasanstalt producirten Coaks, deren Verkauf Herrn Louis Meister hier commissionsweise übertragen ist, beträgt

vom heutigen Tage an

loco Gasanstalt für jeden Hectoliter — Mark 80 Pfennige und einschließlich des Fuhrlohns bis an das Haus — Mark 95 Pfennige.

Leipzig, den 13. October 1881.

Des Raths Deputation zur Gasanstalt.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 13. October.

Der Tod Baron Haymerle's hat die denkbar größte Bewegung in Oesterreich-Ungarn hervorgerufen. Selbst der Kaiser Franz Josef unterbrach seinen Jagdaufflug, um alsbald nach Wien zurückzukehren und der Gemahlin des Verewigten einen Beileidsbesuch abzustatten.

Sämmtliche Wiener Blätter geben den schmerzlichen Empfindungen über den frühzeitigen Tod des Ministers Ausdruck und betonen dessen maßvolles, entgegenkommendes Vorgehen in allen Fragen der äußeren Politik. Das „Fremdenblatt" sagt: „Baron Haymerle rechtfertigte glänzend das in ihn gesetzte Vertrauen. In vollem Einverständniß mit dem deutschen Kanzler Fürsten Bismarck trat er jederzeit für die friedliche Durchführung des Berliner Vertrages ein; auch gelang ihm die Geltendmachung der Interessen Oesterreich-Ungarns. Seine versöhnliche Haltung bewirkte die Beseitigung der Mißverständnisse mit Italien. Die großen Grundsätze unserer auswärtigen Politik werden durch den Wechsel im Ministerium keine Aenderung erfahren." — Die „Presse" sagt: „Baron Haymerle wußte das Freundschaftsbündniß mit Deutschland so wohl zu pflegen, daß dasselbe heute als einzig unwandelbares, festes politisches Verhältniß inmitten der schwankenden Haltung der anderen europäischen Mächte als festeste Friedensbürgschaft gepriesen wird."

Die „Neue Freie Presse" betont besonders, daß Haymerle mit Entschiedenheit für das deutsch-österreichische Bündniß eingetreten und daß diese Politik auch für die Folge einzuhalten sei.

Wer immer sein Nachfolger werden mag, — schreibt das leitende Wiener Blatt — er wird genöthigt sein, die Stellung des Ministers des Aeußern vor Allem anders zu gestalten, ehe er es unternimmt, die auswärtigen Angelegenheiten, sei es in die alten, sei es in neue Bahnen zu lenken. Die innere Politik hängt zu sehr mit der äußeren zusammen, die eine ist zu sehr durch die andere bedingt, als daß eine gedeihliche Wirksamkeit des Ministers des Aeußern ohne die Wiederherstellung der Harmonie zwischen allen obersten Stellen im Reiche denkbar wäre. Deswegen glauben wir auch nicht an den Namen, der heute schon auf allen Lippen schwebt: an den Namen Andrassy. So oft Andrassy auch schon bei Lebzeiten Haymerle's als dessen Nachfolger genannt wurde, und wie wenig wir ihn auch für einen Freund der deutsch-liberalen Partei halten: so lange das System Taaffe aufrecht steht, däucht uns ein Ministerium Andrassy sehr unwahrscheinlich. Denn was immer diesem Manne nachgesagt werden kann, seine Politik ist durch eine große historische Thatsache charakterisirt, durch das deutsch-österreichische Bündniß, und eine solche Politik fordert, andere Zustände in Oesterreich. Vielleicht trägt der Tod Haymerle's dazu bei, daß diese Erkenntniß zum Durchbruche gelangt, wenn sein Nachfolger die Fähigkeit nicht besitzt, seine Politik den Systemen Anderer anzupassen, und vielleicht wirken dann die auswärtigen Angelegenheiten wohlthätiger auf die inneren ein als es umgekehrt der Fall war. Andernfalls bliebe nichts übrig, als ein Ministerium Hubner oder Trautmannsdorff zu erwarten, und dazu scheint uns die Lage der Monarchie doch viel zu ernst zu sein.

Was nun das Interim anbetrifft, so wird die Leitung des Auswärtigen Amtes Sections-Chef v. Kallay unter der Verantwortlichkeit des gemeinsamen Finanzministers v. Szlavy führen. Falls bis zum Zusammentritte der Delegationen ein Nachfolger für Baron Haymerle nicht ernannt sein sollte, wird Herr v. Szlavy im Vereine mit Herrn v. Kallay das Ministerium des Aeußern vor den Delegationen vertreten.

In Italien hat die Nachricht von dem Tode Haymerle's fast sensationell gewirkt. Das Journal „Popolo Romano" schreibt: „Wir sind die Dolmetsche der Gefühle des italienischen Volkes und jener der Bevölkerung Roms, wenn wir unsern aufrichtigen Schmerz mit dem der Völker des Kaiserreichs vereinigen. Baron Haymerle war einer der bedeutendsten Staatsmänner unserer Zeit und ein beständiger und loyaler Freund Italiens. Die Sache des europäischen Friedens hat an ihm einen ihrer eifrigsten Beschützer verloren." — Die „Riforma" sagt: „Der Tod des Barons Haymerle wird ein außerordentliches Echo in der europäischen politischen Welt hervorrufen. Auch in Italien, wo der Verstorbene als Botschafter thätig war, wird die Nachricht mit Schmerz vernommen werden. Haymerle war allgemein gekannt und geachtet, er trug wesentlich zur Erhaltung der guten Beziehungen zwischen beiden Ländern bei. — Die „Opinione" sagt: „Der Tod des Barons Haymerle ist ein schwerer Verlust für das Reich. Haymerle ist es gelungen, die Allianz mit Deutschland zu befestigen und die Beziehungen zu Rußland besser zu gestalten. Als Botschafter in Rom verstand er es, sich die allgemeine Sympathie zu erwerben. Sein Verlust wird auch in Italien tief beklagt werden." — Der „Diritto" schreibt: „Der vorzeitige Verlust des Barons Haymerle ist auch für Italien ein schmerzlicher, da Haymerle dazu beigetragen hat, die Sympathien beider Nationen zu befestigen. Wir wünschen, daß sein Nachfolger das beiderseits sehr weit vorgeschrittene Werk vollende."

Die Berliner „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" rühmt die Thätigkeit Haymerle's auf dem Berliner Congresse und bemerkt, daß, wenn sein Vaterland in ihm einen treuen Diener verliere, reich an Kenntniß und Erfahrung, die auch dem Friedenswerke von 1878 zu Gute kamen, so habe Deutschland einen vertrauenswerthen und thätigen Freund zu betrauern.

Die Berliner Regierungspresse hat sich — vivat sequens! — nunmehr Herrn Hobrecht zum Opfer ausersehen; indessen die hochwohlweisen Officiösen scheinen nachgerade doch zu der Erkenntniß zu kommen, daß ihre Versuche, Hobrecht, den ehemaligen preußischen Finanzminister, in einen sachlichen Widerspruch mit seiner früheren Stellungnahme zum Monopol zu bringen, an dem Mangel eines beweiskräftigen thatsächlichen Materials scheitern müssen. Sie nehmen jetzt zu allerhand Unterstellungen ihre Zuflucht nach der bekannten Schablone: „Im Auslegen seid frisch und munter, legt ihr nicht aus, so legt ihr unter!" Herr Hobrecht, so wird ausgeführt, mußte bei seinem Eintritt in das Ministerium wissen, daß Fürst Bismarck auf der Durchführung des Monopols bestehe. War doch der Rücktritt Camphausen's nur erfolgt, weil er auf dem Wege zum Monopol nicht schnell und energisch genug vorschritt; war doch ferner die Ministerverbindung, die sich an den Namen des Herrn v. Bennigsen knüpfte, nur gescheitert, weil der nationalliberale Führer sich zu dem „Ideal" des Kanzlers nicht bekehren zu lassen gewillt war. Dies schwächliche Beweisgebäude hält vor einer ernsthaften Prüfung nicht im Geringsten Stand.

Was konnte Herrn Hobrecht wohl verpflichten, auf theoretische Wünsche und Liebhabereien des Fürsten Bismarck Rücksicht zu nehmen oder gar dieselben als bindend für sich anzusehen, da doch der Gang der Ereignisse während seiner Zugehörigkeit zum Ministerium durchaus vom Monopol hinwegleitete? Zum ersten Mal, wo der Reichstag in die Lage kam, sich mit der stärkeren Heranziehung des Tabacks an der Hand einer Vorlage der verbündeten Regierungen zu befassen, geschah dies auf der Basis der jetzt geltenden Fabrikatsteuer und nicht des Monopols. Einstimmig hatte der Bundesrath das letztere verworfen, indem er die erstere Besteuerungsform annahm. Wenn also überhaupt ein Widerspruch mit älteren, in Beschlüssen und Abstimmungen niedergelegten Auffassungen festzustellen ist, so ist es nicht Herr Hobrecht, sondern der Reichskanzler, welchen der Vorwurf trifft, heute eine andere Stellung zu der Frage des Tabakmonopols einzunehmen als im Frühjahr 1879. Gerade Herr Hobrecht kann es als ein Verdienst für sich in Anspruch nehmen, durch sein entschiedenes Eintreten für die Fabrikatsteuer dem Monopol einen Damm entgegengeworfen zu haben, dessen scheinbar geringe Haltbarkeit indessen nicht ihm zur Last gelegt werden darf. Zu sagen, er hätte damals mit Hintergedanken gehandelt und wäre mit dem Geringeren nur zufrieden gewesen, weil er ein Mehr nicht erreichen konnte, ist unehrlich, schief hämisch und nicht beweisbar.

Wenn die Herren Officiösen so sicher sind, daß der Vorgänger des Herrn Bitter sich als Minister für das Monopol verbindlich gemacht habe, warum halten sie alsdann nicht ihre neuliche Behauptung aufrecht, daß er im Schooße des Ministeriums sich ausdrücklich für diese Besteuerungsart ausgesprochen? Das Fallenlassen jener kecken Behauptung und das jetzige Spiel mit einer nebelhaften Allgemeinheit von Phrasen zeugt wohl am besten für die Verfehltheit der Angriffsstellung, die sie gewählt haben.

Ob nun die Erträge des Monopols zum „Patrimonium der Enterbten" bestimmt sein oder anders verwandt werden sollten, so war doch jedenfalls über die Grundlage selber, nämlich über die Absicht des Fürsten Bismarck, das Monopol einzuführen, gar kein Zweifel. Diese Thatsache stellte sich als das einzig Feste in dem verwirrenden Durcheinander von Plänen heraus. Um so überraschender muß es wirken, wenn ein so beachtenswerther Mitarbeiter der Politik des Kanzlers, wie es der Director im Reichsamt des Innern, Geheimrath Bosse ist, öffentlich und in aller Form erklärt, daß Fürst Bismarck gar nicht so unbedingt auf dem Monopol bestehe und daß es ihm nur willkommen sein würde, wenn der Reichstag den Vorzug einer anderen Besteuerungsform, etwa der Fabrikationssteuer, die sich in Amerika so gut bewährt habe, nachweise. Diese Erklärung ist am Sonntag in einer conservativen Wählerversammlung des Kreises Mühlheim a. d. Ruhr abgegeben worden, wo der Geheimrath Bosse als Candidat für den Reichstag aufgestellt ist. Wer den Redner kennt, weiß, daß ihm nicht leicht ein unbedachtes Wort entfliegt, und daß er seine Mittheilungen nicht gemacht haben würde, wenn er nicht von der Uebereinstimmung derselben mit den An- und Absichten des Fürsten Bismarck überzeugt wäre.

Beruhigend ist es nun freilich ganz und gar nicht, was Herr Bosse ankündigt. Die Untersuchungen der Tabakenquetecommission haben zur Genüge dargethan, daß nach Lage der deutschen Verhältnisse weder das Rohtabakmonopol, noch die englische, noch irgend eine andere Besteuerungsform, sondern einzig und allein die jetzt in Geltung befindliche Fabrikatsteuer möglich ist. Indem also der Reichstag aufgefordert wird, Ersatz für das Monopol zu schaffen, muthet man ihm zu, daß Eingeständniß zu machen, daß ein solcher Ersatz nicht vorhanden und daß hiernach das Monopol unumgänglich sei. Es wird dabei nur das Eine vergessen, daß der Reichstag sich gar nicht gemüßigt zu fühlen braucht, die Frage in diesem schroffen „Entweder — Oder" zur Beantwortung entgegen zu nehmen, sondern daß er sowohl das Monopol als auch den etwaigen Ersatz für dasselbe ablehnt.

Bennigsen hat in seiner Magdeburger Rede, welche in ganz Deutschland lauten Widerhall findet, die heutige Stellung, die vergangenen Leistungen und die künftigen Aufgaben der nationalliberalen Partei in wahrhaft überzeugender Weise dargelegt. Er konnte es mit vollem Rechte als das Verdienst einer Partei des gemäßigten, mit den wirklichen Verhältnissen rechnenden Liberalismus beanspruchen, ein für die liberalen und nationalen Bestrebungen günstigeres Jahrzehnt mit Aufopferung mancher weitergehenden Wünsche derart zur Schaffung fester Grundlagen benutzt zu haben, daß die Reaction jetzt mehr als die Außenwerke zu zerstören nicht vermögen werde. „Als das Verdienst der liberalen Mittelpartei nehme ich es in Anspruch, daß wir so viel von unseren Forderungen in Sicherheit gebracht haben, als möglich war. Hätten wir damals den Moment versäumt, dann hätte die Reaction jetzt vielleicht versucht, den Staat nach ihren Grundsätzen einzurichten."

Die Verdienste der nationalliberalen Partei in früheren Jahren werden auch von einsichtigeren und unbefangeneren Männern eines fortgeschritteneren Liberalismus zugegeben; aber es wird von dieser Seite, wie es noch dieser Tage Herr von Forckenbeck gethan, behauptet, die Partei habe jetzt ihre Aufgabe erfüllt; die Zeit zu wirklichen Schaffen sei jetzt vorüber; jetzt gelte es nur noch Abwehr reactionairer Angriffe auf den mühsam errungenen Besitzstand an Freiheitsrechten, und in dieser Lage sei eine kräftigere Betonung und energischere Hervorkehrung der liberalen Grundgedanken, wie es von fortschrittlich-secessionistischer Seite geschehe, das einzig Erfprießliche. In dieser Auffassung unterscheiden sich eben die beiden Richtungen des Liberalismus. Die nationalliberale Partei ist in der Abwehr reactionairer Angriffe mit anderen Liberalen einig; sie ist aber in manchen Fragen geneigter, unbefangen zu prüfen, ob vielleicht praktisch hervorgetretene Uebelstände die heilende Hand des Gesetzgebers erfordern, statt in jeder von conservativer Seite ausgehenden Anregung gleich von vornherein die nackte Reaction zu erblicken und zu bekämpfen, und sie hält auch jetzt noch an der Möglichkeit und der Hoffnung positiven Schaffens, wenn auch unter äußerst erschwerten Verhältnissen, fest.

Die ungeheure Gefahr der gegenwärtigen und künftigen Lage ist das immer festere Zusammengehen der politischen und kirchlichen Reaction der Conservativen und des Centrums. Nichts ist leichtfertiger, als diese Verbrüderung, die alle Augenblicke handgreiflich vor unsere Augen tritt, für ein Schreckgespenst zu erklären. Gewiß hat Herr von Bennigsen recht, wenn er behauptet, ein solches Bündniß, welches dem deutschen Volke aufs Tiefste verhaßt ist, werde keinen dauernden Bestand haben. Aber es kann sich in einer Reihe politischer Fragen von Fall zu Fall zusammenfinden, es kann eine Zeit lang seine verderbliche Wirksamkeit entfalten und unberechenbaren Schaden thun. Zieht sich der Liberalismus ganz allein in die Rolle der Opposition und Verneinung zurück, so arbeitet er ganz unzweifelhaft diesen Leuten in die Hände und fördert ein wirkliches Schaffen seitens der entschieden reactionären Elemente, das gewiß nicht bei den Außenwerken stehen bleiben würde. Insofern glauben wir, daß gerade der gemäßigtere Liberalismus die Reaction wirksamer und erfolgreicher abwehrt als der Radicalismus.

Mit der Einberufung des Bundesrathes zum 20. October wird die parlamentarische Wintersaison eröffnet. Die Angabe, daß der Reichstag um die Mitte des folgenden Monats, etwa am 17. November zu seiner ersten Sitzung zusammentreten soll, wird noch immer aufrecht erhalten, wenn auch ein endgiltiger Beschluß noch nicht vorliegt. Es werden zunächst nicht die großen vielerörterten Zeitfragen, wie Tabaksmonopol, Altersversicherung u. dergl. sein, was den Reichstag in seiner Session vor Weihnachten beschäftigen wird; es wird auf alle Fälle noch geraume Zeit dauern, bis diese Entwürfe in Angriff genommen werden können, und Dem entsprechend wird sich auch der Bundesrath zunächst nur mit Angelegenheiten von minder großem Belang zu beschäftigen haben.

Tag für Tag werden uns jetzt von officiöser Seite sogenannte Aufklärungen über den gegenwärtigen Stand der kirchenpolitischen Frage und deren Aussichten zu Theil. Allein es lohnt sich kaum mehr, diese dunkeln und geschraubten Auslassungen zu lesen. Wer erwarten würde, durch dieselben irgend einen Einblick zu gewinnen in das was vorgegangen ist und noch beabsichtigt wird, der würde bitter getäuscht werden. Es ist der preußischen Regierung offenbar darum zu thun, vor den Wahlen das trübselige Dunkel nicht zu lichten, welches über dieser Frage schwebt. Sie mag der Meinung sein, mit ihren weiteren Vorschlägen zur Beendigung des Culturkampfes den Ultramontanen nicht Genüge zu thun und zugleich die Liberalen abzustoßen. Und wenn man sich aus den dürftigen Andeutungen, die da und dort gegeben wurden, ein Urtheil über die beabsichtigten gesetzgeberischen Vorschläge bilden könnte, so würde dies in der That die Wirkung der neuen kirchenpolitischen Vorlage sein. Ob die preußische Regierung aber bei dem künstlichen Nebel, den sie über die ganze Angelegenheit breitet, ihre Rechnung weder nach der liberalen noch nach der ultramontanen Richtung die Stimmung der Wähler allzusehr zu verderben, finden wird, möchten wir recht sehr bezweifeln.

Bezüglich der Vorarbeiten zum Tabakmonopolentwurf verlautet officiös Folgendes: Einen Theil des Entwurfs arbeitet Unterstaatssecretair v. Mayr in Straßburg aus; ein anderer Theil wird im Reichsschatzamt festgestellt. Augenblicklich werden darauf bezügliche Erhebungen in Straßburg und Mannheim vorgenommen. Der vollständige Entwurf gelangt dann an das preußische Ministerium, auf dessen Bericht die kaiserliche Ermächtigung zur Einbringung des Entwurfs beim Bundesrath erfolgen wird. Möglicherweise wird der Entwurf dem Reichstage noch vor dessen Vertagung um Weihnachten zugehen; berathen wird derselbe schwerlich vor der Frühjahrssession. Der Abschluß der Vorarbeiten für den preußischen Staatshaushalt ist nunmehr erfolgt und hat eine erwünschte Finanzlage herausgestellt. Es wurde allen dringenden Anforderungen genügt; die Ressorts des Cultus, der öffentlichen Arbeiten und der Landwirthschaft erklärten sich für befriedigt. Für die Förderung des Verkehrs, besonders durch systematische Strom- und Flußcorrectionen sind Posten ausgeworfen, worüber specielle Vorlagen dem Landtage zugehen werden.

Nachdem die Berliner Stadtverordneten-Versammlung kürzlich beschlossen, das der Stadt gehörige Terrain auf dem Raczynski'schen Platze dem Reiche zum Zwecke der Errichtung des Reichstagsgebäudes unentgeltlich zu überlassen, ist, wie jetzt zuverlässig bekannt wird, das letzte Hinderniß für die Ausführung des Bauprojects überwunden und daher zu erwarten, daß dem Reichstage endlich die darauf bezügliche Vorlage zugestellt werden wird.

Was doch gelogen wird! Ein Telegramm der „Presse" aus Zara bezeichnet die Nachrichten über den angeblichen Uebertritt landwehrpflichtiger Bocchesen auf montenegrinisches Gebiet, sowie über die diplomatische Intervention Oesterreich-Ungarns in Cettinje als erfunden.

Die russische Regierung sucht größere Räumlichkeiten für die Verhandlungen des Reichsraths in St. Petersburg. Wie bestimmt verlautet, sollen Deputirte der Landstände in den Reichsrath gewählt werden, die mit vom Kaiser bestimmten Mitgliedern des Reichsraths gleichberechtigt sein sollen.

Daß Gambetta sich einige Wochen incognito in Deutschland aufgehalten, ist nach allen Nachrichten aus Hamburg, Dresden (?), Frankfurt a. M. wohl kaum noch zu bezweifeln. Daß aber der französische Staatsmann eine Zusammenkunft mit dem Fürsten Bismarck in Varzin gehabt habe, daran will in der ernsthaften politischen Welt Niemand glauben. Es ist freilich bis jetzt noch nicht aufgeklärt, wo Gambetta die Zeit vom 26. September, an welchem Tage er von Hamburg nach Lübeck abreiste, bis zum Beginn des Monats October, wo er in Frankfurt wieder auftauchte, zugebracht hat; aber ist es denn so unwahrscheinlich, daß der demnächstige französische Ministerpräsident, der unseres Wissens Deutschland noch nicht besucht hat, den Wunsch gehegt haben soll, sich einmal in aller Ruhe und mit der Ungestörtheit eines schlichten Privatmanns die deutsche Hauptstadt und das Leben und Treiben in ihr anzusehen? Merkwürdig ist es immerhin, daß man seine Spur in Berlin noch nicht entdeckt hat.

Die beiden großen Nachrichten aus Frankreich, welche alle Welt beschäftigen, sind die Besetzung der Stadt Tunis und die Rückkehr Gambetta's aus Deutschland nach Paris. Die Ministerkrisis befindet sich immer noch auf demselben Puncte; indessen die höchste Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß das Cabinet Ferry einstweilen bis zur Kammereröffnung bleibt und die ihm angedrohte Debatte über seine Politik aufnimmt. Die Officiösen beharren zwar bei der Behauptung, daß der Entschluß des Ministeriums, seine Entlassung zu nehmen, feststehe, doch räth man demselben zugleich im Interesse seiner Würde, wenigstens der Debatte nicht auszuweichen. Das „Journal des Débats" spricht Ferry energisch Muth zu, da vielleicht seine Sache vor der Kammer noch gar nicht verloren sei. Ranc im „Voltaire" wiederum giebt der ganzen Krisis den Charakter eines Kampfes zwischen Grevy und Gambetta, und stellt das Project einer sofortigen neuen Cabinetsbildung unter Gambetta und Ferry als ein wahres Complot gegen Gambetta dar, dessen Sturz und Verderben als Minister die Umgebung des Präsidenten Grevy wünsche und anstrebe. Das Ganze ist ein unklarer Wirrwarr von einander sich durchkreuzenden Strebegelüsten und Coulissen-Intriguen, wie von widersprechenden Nachrichten und Phantasien.

Nach den neuesten Meldungen vom tunesischen Kriegsschauplatze wird der von der Hafenstadt Susa aus gegen Kairuan, unter dem Oberbefehl des Generals Saussier operirenden, etwa 6000 Mann starken Colonne die Hauptaufgabe zufallen. Da die Entfernung zwischen den beiden Städten nur zwei Tagereisen beträgt, wird diese Colonne jedenfalls früher eintreffen, als die von Zaghuan aus vorgehende colonne du nord, zumal die Insurgenten insbesondere die von Zaghuan aus nach Kairuan führende Straße besetzt halten. Deshalb wird es dem General Saussier auch obliegen, die Aufständischen im Rücken anzugreifen. Während es aber ursprünglich in dem Plane der französischen Heerführung lag, neben den beiden erwähnten noch eine dritte Colonne von Tebessa (in der algerischen Provinz Constantine) aus auf Kairuan marschiren zu lassen, ist neuerdings hiervon wegen der großen Entfernung der beiden Orte von einander Abstand genommen worden. Der Kriegsminister Farre läßt verkünden, daß er sich beeilt habe, bezüglich der entsetzlichen Enthüllungen der „Gazette médicale" die Untersuchung einzuleiten.

In Estremadura bei dem alten Städtchen Alcantara am Tajo, das von der Brücke über den Strom seinen arabischen Namen (Alkantarah — die Brücke) hat, sind die Könige von Spanien und Portugal am Sonntag zusammengetroffen. Trotzdem, daß Don Alfonso von Spanien von seinen Ministern Sagasta und dem Marquis Vega de Armino, Dom Luis von Portugal von vier Ministern begleitet war, bildete den sichtlichen Zweck der